

FAZ, 4. März 2024, Prof. Dr. Hans Stimmann

# Das Zentrum Berlins bleibt eine Leerstelle

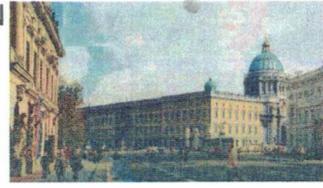
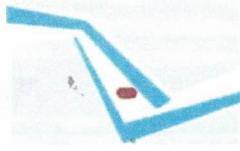
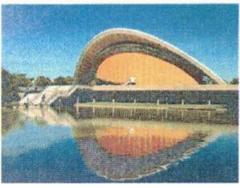
In der Sanierung eines Hochhauses spiegelt sich das Fortdauern alter westdeutscher Planungsperspektiven für die Hauptstadt.

Von Hans Stimmann



Lieber sanieren statt neu denken: Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bleibt, wo sie war.

Foto Ullstein



### Das Zentrum Berlins bleibt eine Leerstelle (20240304 Seite 2)

**A**ls Hauptstadt der Bundesrepublik steht Berlin dafür, dass die Teilung des Landes und der Stadt selbst überwunden wurden. Aber die andauernde Debatte über die Funktion und Gestaltung der Leerräume des historischen Stadtzentrums verweist auf die Schwierigkeiten bei der Suche nach dem verlorenen Ganzen der Stadt. Die Auseinandersetzungen über die Bebauung des Molkenmarktes – immerhin des ältesten Platzes Berlins –, das Ausklammern der Quartiere rund um St. Marien und der Umgang mit dem einstigen Heilig-Geist-Viertel als bürgerliches Gegenüber des Stadtschlusses, das von 1986 an von der DDR zur Grünfläche namens Marx-Engels-Forum umgebaut wurde, werden provinziell und mit parteipolitischer Färbung geführt.

Der Unterschied zu den leidenschaftlichen Debatten, die nach der Entscheidung vom Juni 1991 über den künftigen Sitz von Bundestag und Bundesregierung geführt wurden, ist überdeutlich. Unmittelbar nach der knappen Entscheidung gingen Bonn und für Berlin folgte eine Art architekturpolitischer Vergangenheitsbewältigung im Umgang mit den Bauten aus der NS-Diktatur. Gefragt wurde etwa, ob und, falls ja, wie es möglich sei, im Gebäude des NS-Reichsluftfahrtministeriums demokratisch legitimierte Finanzpolitik zu gestalten.

In kürzester Zeit waren zudem weitreichende städtebaulich-politische Fragen zu beantworten, so die nach einer angemessenen Ost-West-Verbindung am Spreebogen, der durch die von Albert Speer geplante große Achse belastet war und nun Standort von Kanzleramt, Platz der Republik und Deutschem Bundestag werden sollte. Im Zusammenhang mit diesen Debatten hatte die gesamtdeutsche Regierung den seit 1949 erhobenen Anspruch der DDR-Regierung auf den Bau eines „Hauptstadtbandes“ anstelle des bürgerlichen Berliner Altstadtzentrums aufgegeben. Zu diesem Band gehörten auch der auf dem Areal des Stadtschlusses gebaute Palast der Republik sowie das DDR-Außenministerium, das am einstigen Standort der Bauakademie errichtet worden war.

Der Bund hat der wiedervereinigten Stadt Berlin so schnell wie möglich die für den Bau der Hauptstadt der DDR genutzten Flächen und Gebäude zurückgegeben. Wenig bekannt ist, dass zu diesen Liegenschaften auch das seit 1962 für den Ministerrat umgenutzte Alte Stadthaus am Molkenmarkt gehörte. In dem von Ludwig Hoffmann entworfenen Gebäude hatte bis zum Ende des Krieges die Bau- und Planungsverwaltung des Magistrats (bis 1933 mit Martin Wagner an der Spitze) ihren Sitz. Teil der Rückgabe war aber auch das

für den Staatsrat der DDR seit 1964 als erstes Regierungsgebäude auf dem ehemaligen Areal der Bürgerstadt errichtete Gebäude am Schlossplatz. Bekannt geworden durch das in den Neubau eingebaute Schlossportal, wird es heute als private Management School genutzt.

Eine städtebaupolitische Debatte über den Umgang mit den Folgen der funktionalen Verstaatlichung des Stadtzentrums hat es nicht gegeben. Obwohl die 750 Jahre alte Marienkirche nach dem Ende der DDR bis heute als provokativ museales Objekt in einem namenlosen und maßlosen ehemaligen Staatsraum der DDR zur Schau gestellt wird, gab es keine Auseinandersetzung über eine Reurbanisierung des historischen Zentrums. Der Regierende Bürgermeister zog vom Westberliner Rathaus Schöneberg ins Rote Rathaus und der Innensenator vom Fehrbelliner Platz in Wilmersdorf ins benachbarte Stadthaus, die Zentrale der Magistratsverwaltung. Damit schien die Wiedervereinigung von Stadtregierung und -verwaltung beendet.

Als Folge der verpassten Debatte über die Bedeutung der Stadtmitte für die Identität der Stadt gibt es bis heute kein Bewusstsein für das in Krieg und Wiederaufbau verlorene, vielgestaltige Bild der

Stadt als Ganzes mit ihren Plätzen, Monumenten und Bewohnern. Daran hat auch die 1996 begonnene kurze Debatte über einen neuen inhaltlichen Zusammenhang beider Teile der Stadt im „Planwerk Innenstadt“ nichts geändert. Der schließlich im Mai 1999 erfolgte Senatsbeschluss klammerte vielmehr die ältesten Quartiere um den Molkenmarkt, den Neuen Markt samt Marienkirche und das Heilig-Geist-Viertel explizit aus.

So ist es bis heute bei den Fragmenten der untergegangenen sozialistischen Gesellschaftsutopie geblieben, deren Leere von Theoretikern inzwischen allerdings als der eigentliche Reichtum einer autogerechten und durchgrünten Stadtlandschaft angesehen wird. Eine andere theoretische Position der Stadtentwicklung sieht die stadtgestalterische Essenz Berlins gerade in der durch die Teilung verstärkten Polyzentralität.

So viel ist seit der Konstituierung des Ersten Gesamt-Berliner Abgeordnetenhaus vor 33 Jahren in den Debatten über die Zukunft der Stadtmitte klar geworden: Die Teilung hat im ehemaligen Ost- und Westberlin zu einem Gedächtnis- und Identitätsverlust des historischen Ganzen geführt. Die Ursachen dafür liegen im Verlauf der Mauer. Das sowjetisch besetzte historische Zentrum wurde auch städtebaulich zur Hauptstadt der DDR. Den drei Westsektoren blieb nur die Rolle eines „Schaufensters des Westens“, in dem ein Blick in die „Stadt von morgen“ möglich

sein sollte. Dabei hielten die am 1. Oktober 1950 zum Stadtstaat fusionierten drei Westsektoren lange an ihrem politischen Anspruch, „sich als Hauptstadt im Wartestand“ zu präsentieren, fest.

**P**olitisch formuliert wurde dieser Anspruch von Ernst Reuter (SPD), dem ersten „Regierenden Bürgermeister“, und dem Abgeordnetenhaus von Berlin, beide mit provisorischem Sitz im Rathaus Schöneberg. Dabei spielte das seit Dezember 1951 existierende Ressort für Bau- und Wohnungswesen sowohl materiell als auch mit Blick auf die architektonischen Symbolprojekte eine besondere Rolle. Zur Bewältigung seiner Aufgaben musste kurzfristig ein Ersatz für das in der Stadtmitte gelegene Technische Rathaus zur Verfügung stehen.

Die Vorbereitung auf diesen historischen Schritt einer Trennung zwischen Ost und West im Ressort Planen und Bauen fiel zusammen mit parteipolitischen Auseinandersetzungen im Westen Berlins und mit den Protesten am 17. Juni 1953 im sowjetischen Sektor. In den Westsektoren regierte zunächst eine Allparteienkoalition mit Ernst Reuter (SPD) als Regierendem Bürgermeister, die nach seinem Tod am 29. September 1953 von einer CDU/FDP-Koalition mit Walther Schreiber (CDU) als Regierendem Bürgermeister an der Spitze abgelöst wurde. Ohne längere Planungen verständigte

sich der CDU/FDP-Senat am 23. November 1953 auf ein unbebautes Grundstück in Privateigentum in Wilmersdorf als Standort der Ressorts Planen und Bauen im Westteil der Stadt. Es lag in unmittelbarer Nähe des in den NS-Jahren nach einem Konzept von Otto Firlie zum Verwaltungszentrum ausgebauten Fehrbelliner Platzes. Mit Ausnahme der SPD stimmte das Abgeordnetenhaus dem Vorhaben für den Neubau der Verwaltung für die Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen zu. Schon am 20. Juli 1954 war Baubeginn für das Symbolprojekt mit höchster Bedeutung für die Baupolitik in den Westsektoren. Bereits nach zweijähriger Bauzeit erfolgte die Eröffnung.

Nicht ganz ohne Ironie weist die laufende Ausstellung der Stadtentwicklungsverwaltung über die im November 2020 begonnene Sanierung des seit 1991 denkmalgeschützten Gebäudes darauf hin, dass das damalige Hochgeschwindigkeitstempo nur möglich war, weil der Bauantrag erst eingereicht wurde, als das Untergeschoss schon fertig war, und ein Jahr später, als die Baugenehmigung erteilt wurde, bereits mehr als die Hälfte des achtzehnstöckigen Rohbaus fertiggestellt war. Auch andere Umstände waren aus heutiger Sicht



### Das Zentrum Berlins bleibt eine Leerstelle (20240304 Seite 3)

er nachvollziehbar. So erfolgte die  
abe der Architekturleistungen als Di-  
auftrag an den erfahrenen, aber auch  
sch belasteten Architekten Werry  
der durch seinen in der NS-Zeit erten  
Theaterbau in Dessau sogar

n Eintrag in die „Liste der Gottbegna-  
n“ des Reichsministeriums für Volks-  
klärung und Propaganda erhielt.

ie Umstände dieser Beauftragung sind  
eute nicht aufgearbeitet. So viel ist je-  
klar: Die architektonische Planung, die  
künstlerische Oberleitung und die  
Führung des größten Neubauprojek-  
es Senats waren Teil eines Koppelge-  
tes, das der CDU/FDP-Senat entspre-  
d der beim Kauf des Grundstücks von  
aufirma Wiemer und Trachte gestell-  
Bedingungen erfüllen musste. Die  
ische Verantwortung für dieses Kop-  
schäft fiel in der kurzen Amtszeit des  
erenden Bürgermeisters Schreiber  
des Bausenators Karl Mahler (FDP).

hre nach Baubeginn wären nicht nur  
rundinstandsetzung des Hauses, son-  
auch eine Aufklärung über die Ent-  
ngsumstände des Hauses überfällig.  
geachtet der dunklen Flecken der  
ngs- und Baugeschichte wurde das  
altungsgebäude mit der Adresse  
embergische Straße 6 die Anre-  
- und Koordinationsstelle für sämtli-  
Westberliner Großprojekte in der Zeit  
956 bis 1982, das heißt, bis zur Grün-  
der Internationalen Bauausstellung.  
operierten die Senatoren für Bau-  
Wohnungswesen mit einem umfas-  
en Zuständigkeitsbereich nicht nur für  
adtplanung und den Wohnungsbau,  
rn auch für die Verkehrsplanung,  
stützt von ihren Senatsbaudirektoren  
g Lemmer, Hans Stephan, Werner  
mann und zuletzt Hans C. Müller.

wären dem politisch gewählten  
nator (von 1956 bis 1972 war dies  
uingenieur und Stadtautobahn-Fan  
chwedler, SPD) direkt zugeordnet  
erkörperten ohne förmliche admi-  
ive Kompetenz das stadtbaukünst-  
ie Gewissen des Senators. Sie hat-  
fgrund ihrer Sonderstellung, ihrer  
chtungen mit den Verbänden der  
ekten und ihrer führenden Rolle in  
estberliner Akademie der Künste  
blichen Einfluss auf die vom poli-  
Anspruch her bedeutenden Stadt-  
haben. Den Mitarbeitern der Verg-  
g blieb vielfach nur die Aufgabe,  
r mit großzügiger Unterstützung  
ndes realisierbaren Projekte nach-  
n in rechtsverbindliche Bauleitplä-  
ussetzen.

Beispiele für diese Planungs- und Bau-  
praxis waren die Zoo-Randbebauung, die  
Realisierung des Hansviertels als Mittel-  
punkt der Interbau 1967, von 1960 an die  
Planung der Gropiusstadt, die Entschei-  
dung des Senats für den Bau der Philhar-  
monie nun nicht mehr an der Bundesallee,  
sondern in der Nähe der Sektorengrenze  
als Bauten für das Kulturforum, das 1961  
als Stadterneuerung beschlossene Pro-  
gramm zum Abriss von etwa 220.000 grün-  
derzeitlichen Wohnungen, von 1962 an das  
Märkische Viertel, die Anlage der Freien  
Universität, der Flughafen Tegel, die Kon-  
gressmaschine ICC am Rande der Stadt-  
autobahn und schließlich die Stadtauto-  
bahnüberbauung Schlangenhader Straße.

Das als privates Spekulationsobjekt zum  
Bau einer Wohnmaschine über der öffent-  
lich finanzierten Stadtautobahn begonne-  
ne Vorhaben war der Symbolbau einer  
rund 25 Jahre lang andauernden technik-  
und autoorientierten, wachstumsläufigen  
Periode der Westberliner Stadtentwick-  
lung. Das Projekt bildete zugleich den  
Schlusspunkt einer ausschließlich von Bau-  
senatoren der SPD und ihren Senatsbaudi-  
rektoren propagierten Stadtvorstellung.

Das Scheitern des privaten Projektes  
und die Übernahme durch die stadteigene  
Wohnungsbaugesellschaft DEGEWO wa-  
ren schließlich Anlass für die Entwicklung  
neuer politischer Vorgaben unter dem  
Motto „Kaputte Stadt retten“ und „Innen-  
stadt als Wohnort“. Für ihre Durchsetzung  
wurde vom Senat eine IBA-GmbH ge-  
gründet, die nach dem Leitbild der „behu-  
samsten Stadterneuerung und der „Kriti-  
schen Rekonstruktion“ Stadtentwicklung  
betrieb. Parallel dazu begann Mitte der  
Achtzigerjahre bis zum Fall der Mauer

eine auf Westberlin begrenzte Selbst-  
beschäftigung mit sektoral und funktional  
angelegten Planungen, die nach und nach  
in einem heillosen Gestrüpp von Politik  
und Planung stecken blieben.

Schlusspunkt dieser Vorgehensweise  
war schließlich der erst 1988 förmlich fest-  
gesetzte Flächennutzungsplan für West-  
berlin. Was trotz aller Unübersichtlichkeit  
erhalten blieb, war die dominante Funk-  
tion der Senatsverwaltung für Bauen,  
Wohnen und Verkehr mit Sitz an der  
Württembergischen Straße. Der nach dem  
Fall der Mauer für das Bauen zuständige  
Senator in der kurzen Übergangsperiode  
von 1989 bis Januar 1991 wurde Wolfgang  
Nagel (SPD). Er behielt diese Funktion  
auch im Ersten Senat des wiedervereinig-  
ten Berlins. Der Erste Regierende Bürger-  
meister der Stadt Eberhard Diepgen  
(CDU) zog wie selbstverständlich in das  
Rote Rathaus, dagegen blieb der nun für  
das Ganze der Stadt zuständige Senator  
für Bauen, Wohnen und Verkehr mit sei-  
ner Behörde in dem Symbolbau des West-  
berliner Senats.

**Z**ur Bewältigung der besonde-  
ren städtebaulichen und  
architektonischen Aufgaben  
der Wiedergewinnung des  
historischen Zentrums zwi-  
schen Potsdamer Platz und Alexander-  
platz wurde das ehemalige in einem ver-  
staatlichten Bankgebäude untergebracht  
das Büro der früheren Chefarchitekten der  
Hauptstadt der DDR (zuletzt Roland  
Korn) zum Sitz des für die Gesamtstadt  
zuständigen Senatsbaudirektors. Das Ge-  
bäude an der Behrenstraße wurde mit  
seinen Plänen und Stadtmodellen für et-  
wa zehn Jahre zum Zentrum der Berliner  
Architekturdebatten.

Mit dem Verkauf des Gebäudes enden-  
ten nicht nur die Debatten über die Ange-  
messenenheit der Kritischen Rekonstruk-  
tion der Stadtmitte, sondern auch die  
Überwindung der gewaltsamen Teilung  
des Planungs- und Baugeschehens der  
Stadt. Damit begann die bis heute andau-  
ernde Praxis, über Planungs- und Bauge-  
schehen aus der Perspektive Westberlins  
zu entscheiden. Die aufwendige Sanie-  
rung des Hochhauses in der Württember-  
gischen Straße ohne geringste Reaktion  
auf die grundsätzlich geänderte Situation  
nach über drei Jahrzehnten liest sich wie  
ein Plädoyer für die Aufrechterhaltung  
des Zustandes der Trennung.

Wer heute etwas über die Identität der  
Stadt vor der Teilung erfahren will, muss  
sich ins Stadtmuseum am Kölnischen  
Park begeben. Die Mitglieder des erst seit  
kurzer Zeit regierenden CDU/SPD-Senats  
haben offensichtlich dafür noch keine Zeit  
gefunden. Das betrifft den neuen Bause-  
nator Christian Gaebler (SPD), aber auch  
die derzeitige Senatorin für Mobilität, Kli-  
maschutz und Umwelt, Manja Schreiner  
(CDU), die für eine Betrachtung des Stadt-  
modells im Stadtmuseum aus ihrem Büro  
kommend nur die Straße überqueren  
müsste. Aber auch sie behandelt beson-  
ders die historische Innenstadt als noch  
nicht vollständig autogerecht ausgebaute  
Stadtlandschaft mit architektonisch inter-  
essanten Objekten.

Darüber hinaus kämpft sie für den  
Ausbau des Stadtautobahnringes, der für  
sie essenzieller Teil der „Stadt von mor-  
gen“ ist, als lebten wir noch in den Fünf-  
ziger- und Sechzigerjahren der geteilten  
Stadt. Die Leere der historischen Mitte  
wird von ihr so behandelt, als ginge es um  
ein beliebiges Stadterweiterungsareal mit  
breiten Straßen, Radwegen, einer Grün-  
anlage mit einem Marx-Engels-Denkmal  
und Bauflächen für „bezahlbaren Wohn-  
raum“. Die Spuren der Mauer sind fast  
unsichtbar geworden, aber die Folgen der  
Teilung für die Identität des Stadtganzen  
bleiben eine Aufgabe für die nächste Ge-  
neration, für die Stadtbaukunst mehr ist  
als funktionale Perfektion.

Hans Stimmann war von 1991 bis 1996 und